

Fakten und Argumente



*Angela Merkel
in der Bundestags-
debatte am
19. September:
Eine tragfähige
Partnerschaft
gründet unein-
geschränkte
Solidarität auf
aktives Enga-
gement, auf
Taten.*

SONDERSITZUNG DES BUNDESTAGS AM 19. SEPTEMBER

Aus der großen Krise auch eine **Chance** machen

Die Terroranschläge in den USA am 11. September markieren eine Zäsur. Angela Merkel: „Dieser Tag hat deshalb für uns die ausschlaggebende Bedeutung, dass wir für das 21. Jahrhundert eine neue Ordnung finden müssen.“

„Die Werte, auf die wir diese Ordnung gründen“ – so die Parteivorsitzende in ihrer Rede vor dem Deutschen Bundestag am 19. Septem-

ber – „sind die gleichen Werte wie vor dem 11. September: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.“ Aber die Architektur wird neu sein und von uns verlangen, „dass wir aus dieser großen Krise auch eine Chance machen“. Erster Vorbote dieser neuen Architektur: die Resolution 56/1 des UN-Sicherheitsrats für Frieden und Sicherheit auf der Welt.

(Siehe auch: Seite 2 bis 8)

DOKUMENTATION

- Die Reden der Parteivorsitzenden und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Debatte des Deutschen Bundestags „Terroranschläge in den USA und Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie der NATO“ am 19. September
- Mit dem Wortlaut des Entschließungsantrags der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP

INNENTEIL

■ **Laurenz Meyer:** Gemeinsam gegen den Terrorismus! (Seite 3) ■ **Was** bedeutet der Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags? (Seite 4) ■ **Angela Merkel:** Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen (Seite 5) ■ **Volker Rühle:** Die Bundeswehr braucht eine „deutlich verbesserte Finanzausstattung“ (Seite 6) ■ **Peter Hintze:** Schlüsselrolle für Europol bei der Terrorismusbekämpfung (Seite 7) ■ **Klaus Lippold:** Konsequenzen für den Luftverkehr zwingend (Seite 7) ■ **Hans-Gert Pötering:** Terroristischen Anschlägen künftig in enger Zusammenarbeit begegnen (Seite 8) ■ **Bundesfinanzminister** erhöht Steuern: Einhellige Ablehnung und scharfe Kritik, wohin man hört (Seite 9) ■ **Gerda Hasselfeldt** zum Haushalt 2002: Rot-Grün hat den Blick für die wirtschaftlichen Realitäten verloren (Seite 11) ■ **Georg Milbradt** neuer Landesvorsitzender der CDU Sachsen (Seite 14)

ANGELA MERKEL:

Die völlig neue politische Auseinandersetzung wird unsere Welt verändern

„Einhellig und vorbehaltlos“ unterstützt das Präsidium die Entscheidung des Nato-Rats, die den Bündnisfall feststellt.

Es geht um die Frage, so die Parteivorsitzende auf einer Pressekonferenz im Konrad-Adenauer-Haus nach einer Sondersitzung des Präsidiums am 14. September, ob die Demokratien auf dieser Welt in der Lage sind, „Terroristen und alle diejenigen, die Demokratie und Menschenwürde nicht achten, in die Schranken zu weisen“. Dabei muss allen klar sein: „Die völlig neue politische Auseinandersetzung wird unsere Welt verändern.“ Es wäre schlimm, wenn die freie Welt „vor den Gegnern der Freiheit in die Knie gehen“ würden. Der internationale Terrorismus muss stattdessen energisch bekämpft werden.

Angela Merkel: „Es handelt sich um einen Feind, den

wir in seinen Dimensionen jetzt noch nicht kennen. Aber ich bin sicher: Wehrhafte Demokratien werden in der Lage sein, auch mit dieser Gefahr, mit dieser Bedrohung fertig zu werden.“

„Viele Illusionen sind in den letzten Tagen geplatzt“, erklärte die Parteivorsitzende, vor allem die Illusion, dass „Demokratien auf Geheimdienste und Armeen verzichten“ können.

Zur Übernahme von Verantwortung bereit

Angela Merkel stellte klar: Die CDU ist solidarisch mit den Menschen in den Vereinigten Staaten und zur Übernahme von Verantwortung bereit, wenn zur Bekämpfung des Terrorismus konkrete Schritte gemacht werden.

IMPRESSUM



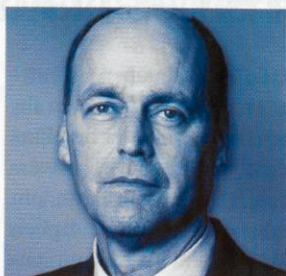
UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 22070-370, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profittlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 50000), Postbank Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementpreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

GENERALSEKRETÄR LAURENZ MEYER:

Gemeinsam gegen den Terrorismus!

11. September 2001. Ein Tag, der die politische Weltkarte verändert, nach dem nichts mehr ist, wie es war. Weltweit sitzen die Menschen fassungslos vor den Fernsehschirmen.

Niemand hat es für möglich gehalten, dass ein Terroranschlag so koordiniert und gezielt durchgeführt werden kann. Unfassbar ist die brutale und verantwortungslose Vorgehensweise der Täter, die Zehntausende von Menschen in New York und Washington das Leben gekostet hat. Wir fühlen in diesen Tagen mit den amerikanischen Menschen.



Deutschland steht vor einer Herausforderung von geschichtlicher Bedeutung.

Wir müssen jetzt beweisen, dass wir ihr gewachsen sind.

verlässlicher Partner – so wie wir auch in einer solchen Situation auf unsere Partner vertrauen würden.

Der Terroranschlag in den USA ist ein Anschlag auf alle freiheitlich demokratischen Grundordnungen. Er muss auch ein Signal sein, das uns zur Wachsamkeit mahnt, uns zu Aufmerksamkeit und Zivilcourage auffordert gegen jede fundamentalistische oder ideologisch motivierte Gewalt, die jedem Demokraten zutiefst zuwider sein

muss. Mit aller Entschlossenheit muss die Völkergemeinschaft gegen die skrupellosen Anstifter solcher Terrorakte, gegen ihre Helfer und Helfershelfer vorgehen

Die neue Art von „Kriegsführung“ erfordert ein entschlossenes und rasches Umdenken in der Prioritätensetzung unserer Politik. Wir dürfen unsere innere und äußere Sicherheit nicht vernachlässigen. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir auf internationaler Ebene den Informationsaustausch zwischen den nationalen Sicherheitsorganen und Nachrichtendiensten intensivieren und auf europäischer Ebene gemeinsame Strukturen schaffen.

Wir stehen in diesen Tagen uneingeschränkt an der Seite der Vereinigten Staaten

Uns Deutsche verbindet mit den Amerikanern seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine enge Freundschaft. Die USA waren es, die uns im kritischen Wiedervereinigungsjahr 1990 unterstützt haben. Wir stehen in diesen schwierigen Tagen uneingeschränkt an der Seite der Vereinigten Staaten. Deutschland ist ein

Im Bündnis der Demokraten die Bedrohung unserer Freiheit bekämpfen

Der 11. September hat auch einen Schlußpunkt hinter eine Zeit der latenten Gleichgültigkeit gesetzt. Wir müssen jetzt im Bündnis der Demokraten gemeinsam die Bedrohung unserer Freiheit und Sicherheit bekämpfen – den Terrorismus. **UD**

Was bedeutet der Bündnisfall nach Artikel 5 des Nato-Vertrags?

Die NATO hat am Tag nach dem furchtbaren Terrorangriff auf die USA – erstmals in ihrer Geschichte – festgestellt, dass der Bündnisfall nach Artikel 5 des NATO-Vertrags eintrete, wenn sich herausstellen sollte, dass der Angriff vom Ausland aus gegen die Vereinigten Staaten gerichtet wurde.

Dieser bekannte Artikel, den viele als den Kern des NATO-Vertrags ansehen, beinhaltet die Pflicht, den NATO-Partnern im Falle eines Angriffs zur Seite zu stehen. Wörtlich heißt es:

„Die Parteien vereinbaren, dass ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird; sie vereinbaren daher, dass im

Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen der Partei oder den Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets wiederherzustellen und zu erhalten.“

Der Beschluss zeigt die Solidarität der Bündnispartner mit den Vereinigten Staaten

Die CDU begrüßt die Entscheidung der NATO, den Bündnisfall festzustellen. Dieser Beschluss zeigt

die Solidarität der Bündnispartner mit den USA, die wir in diesen schweren Stunden nicht allein lassen. Gerade die Deutschen, die den Vereinigten Staaten sehr viel zu verdanken haben, sollten jetzt an der Seite des Partners stehen. Darüber hinaus demonstriert die Entscheidung über den Bündnisfall unseren Willen, Terror nicht ungestraft hinzunehmen.

Allerdings bedeutet die Feststellung des Bündnisfalls nicht, dass nun automatisch militärische Einsätze durchgeführt werden. NATO-Sprecher haben am 12. September sogar ausdrücklich betont, militärische Maßnahmen seien noch nicht geplant. Zudem macht Artikel 5 des NATO-Vertrags deutlich, dass es in der Entscheidung jedes einzelnen NATO-Staates liegt, inwieweit er sich im Falle eines Bündnisfalls militärisch engagiert. Letztlich werden die Bundesregierung und der Deutsche Bundestag darüber befinden, an welchen Einsätzen – sollte es dazu kommen – sich deutsche Soldaten beteiligen **UD**

BESCHLUSS DES NATO-RATS:

Der Rat stimmt überein, dass dieser Anschlag, falls festgestellt wird, dass er vom Ausland aus gegen die Vereinigten Staaten verübt wurde, als Handlung im Sinne des Artikels 5 des Washingtoner Vertrages angesehen wird, in dem es heißt, dass ein bewaffneter Angriff gegen einen oder mehrere Verbündete in Europa oder Nordamerika als Angriff gegen sie alle angesehen wird.

ANGELA MERKEL:

Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit **verschwimmen**

„Erhebliche Lücken“ sieht die Parteivorsitzende in dem Maßnahmen-Katalog, den die Bundesregierung als Antwort auf die terroristische Bedrohung der Bundesrepublik beschlossen hat, selbst wenn er grundsätzlich in die richtige Richtung geht.

Es fehlt vor allem die Regelanfrage beim Verfassungsschutz in Fällen der Einreise von Ausländern in die Bundesrepublik. Hier wird etwas vernachlässigt – wie auch in den Ländern, z.B. in Hamburg, wichtige Verfassungsschutzbereiche nicht ausreichend genug berücksichtigt werden.

Neue Aufgaben der Bundeswehr

Und: Die Bundeswehr muss jetzt auf Aufgaben vorbereitet werden, die künftig auch auf dem Gebiet der inneren Sicherheit liegen – was nichts daran ändert, dass normale Polizeiaufgaben von einer gut ausgerüsteten Polizei erfüllt werden.

Angela Merkel im „Morgen-Magazin“ des ZDF am

18. September: „Die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit verschwimmen.“

Aus diesem Grund noch einmal die dringende Forderung der CDU: Mehr Geld für die Bundeswehr. Dabei ist es nicht damit getan, dass mehr Geld nur für diejenige Einheit zur Verfügung gestellt wird, die für den Einsatz gegen den Terrorismus vorgesehen ist: „Leider, leider, hat die Debatte, die wir seit geraumer Zeit über eine bessere finanzielle Ausstattung der Bundeswehr führen, seit letzter Woche eine ganz neue Aktualität gewonnen.“

Bis zu 2 Mrd. Mark mehr braucht nach Auffassung der CDU die Bundeswehr pro Haushalt. Das lässt sich auch nicht länger mit Eichels „Totschlag-Argument“ gegen die Neuverschuldung vom Tisch wischen.

Angela Merkel: „Eichel kann nicht einfach sagen: Über neue Ausgaben darf nicht nachgedacht werden. Immerhin hat ein Prozent Wachstum Steuereinnahmen in Höhe von zehn Milliarden Mark zur Folge.“

Innere Sicherheit und Verfassungsschutz, Bundeswehr und die jetzt anstehenden Beratungen des Bundeshaushalts 2002 – die Parteivorsitzende erinnert an die gemeinsame Verantwortung, die die Parteien in der „sehr schwierigen Lage“ tragen. „Die Opposition ist zu dieser gemeinsamen Verantwortung bereit,“ erklärt sie und macht gleichzeitig klar, dass es dabei nicht um die Frage von großen Koalitionen geht.

Wir müssen jetzt leisten, wozu wir in der Lage sind

Angela Merkel: „Der Bundeskanzler hat den Vereinigten Staaten die uneingeschränkte Solidarität der Deutschen zugesichert. Ich unterstütze diese Zusage. Sie bedeutet, dass wir leisten, wozu wir in der Lage sind, und zwar dann, wenn unsere Hilfe nötig ist. Den Zeitpunkt, an dem das der Fall sein wird, können wir – glaube ich – mit entschlossener Besonnenheit abwarten.“

UD

VOLKER RÜHE:

Bundeswehr braucht „deutlich verbesserte Finanzausstattung“

„Jetzt ist es Zeit, ein Signal zu setzen für eine deutlich verbesserte Finanzausstattung der Bundeswehr“, sagte der stellvertretende Parteivorsitzende Volker Rühe in einem Interview mit dem ZDF-Morgenmagazin.

Insgesamt müssten die vorhandenen Ressourcen für die äußere und die innere

Sicherheit

neu verteilt werden.

Außer dem sprach sich

Rühe dafür

aus, die

„Vorschläge nach Möglichkeit schnell“ umzusetzen.

Rühe bekräftigte, dass die Bundesregierung „in dieser historischen Ausnahmesituation richtig reagiert habe“: Der Bundeskanzler könne mit seiner Zusage der „uneingeschränkten Solidarität mit den USA“ auf die „volle Unterstützung“ der Union zählen. Entscheidend sei, dass von Deutschland nicht nur eine politische Hilfestellung erwartet werde. Vielmehr könne auch eine militärische Be-

teiligung auf die Bundesrepublik zukommen.

Über Details dazu wollte Rühe nicht spekulieren. Immerhin würde die zugesicherte „volle Unterstützung“ der USA voraussetzen, dass die deutschen „Fähigkeiten für eine Aktion gegen den Terrorismus“ bereitstehen.

Volker Rühe machte deutlich, dass die USA mit einer längeren politischen Kampagne versuchen wür-

den, das Terrorismus-Problem zu lösen. Dies würden die Gespräche mit Pakistan belegen. Daneben werde es aber auch militärische und finanzielle Elemente geben. Insgesamt könnten die Deutschen von den Amerikanern lernen: „Alle versammeln sich hinter dem Präsidenten“, betonte Rühe. „Auch wir müssen zusammenstehen“, um diese schwierige Situation zu meistern.



NORBERT GEIS:

Hilfe für Gewaltopfer im Ausland

Zur Forderung des Opferschutzvereins „Weisser Ring“, das Opferschutzgesetz auch auf im Ausland verübte Gewalttaten gegen Deutsche auszudehnen, erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU:

Für deutsche Staatsangehörige, die im Ausland Opfer einer Gewalttat werden, muss ebenso rasche wie angemessene Hilfe geleistet werden. Die Forderung des „Weißen Rings“, einen entsprechenden Anspruch

gesetzlich festzulegen, muss ohne Zweifel unterstützt werden.



Wer im Ausland von einer Gewalttat betroffen ist, sollte

nicht schlechter gestellt sein als derjenige, der in Deutschland einem Verbrechen zum Opfer fällt. Sein Schutzbedürfnis dürfte im Ernstfall sogar größer sein.

PETER HINTZE:

Schlüsselrolle für **Europol** bei der Terrorismusbekämpfung

Zu den Konsequenzen der Terroranschläge in den USA erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Die Terroranschläge gegen die USA sind ein unübersehbares Zeichen für

die freien Völker der Welt, ihre Anstrengungen zum

Schutz von Freiheit

und Recht zu verstärken. Organisierte Kriminalität und international agierender Terrorismus können nicht allein national bekämpft werden.

Es ist jetzt fünf Minuten vor Zwölf, was die notwendige personelle Ausstattung und die rechtlichen Befugnisse der europäischen Polizeibehörde Europol angeht. Für eine dramatische Unterbesetzung halte ich die Ausstattung von Europol mit nur 12 Mitarbeitern für die Terrorismusbekämpfung. Hier muss es umgehend zum Aufbau einer schlagkräftigen Einheit kommen, deren

Befugnisse über den reinen Datenaustausch hinausgehen müssen.

Reibungsverluste durch mangelnde Ausstattung oder unzureichende Befugnisse können wir uns angesichts der bestehenden Be-

drohung nicht erlauben. Beim Ausbau von Europol müssen nationale Eifersüchteleien zurückstehen. Ohne eine europäische Polizeibehörde wird Europa im Kampf gegen den Terror den Kürzeren ziehen.

KLAUS LIPPOLD:

Konsequenzen für den **Luftverkehr** zwingend

Zur Luftverkehrssicherheit nach den Anschlägen gegen die USA erklärte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

Es ist zwingend notwendig, dass für den nationalen und internationalen Luftverkehr so schnell wie möglich Konsequenzen aus den entsetzlichen Terror-Angriffen in den USA gezogen werden. Ich baue darauf, dass die EU-Verkehrsminister auf ihrer Sondersitzung zur Luftverkehrssicherheit sich auf effektive Maßnahmen einigen und diese umgehend europaweit umsetzen.

Politik und Luftverkehrswirtschaft müssen

jetzt alles dafür tun, Flugreisende so gut wie möglich gegen terroristische Übergriffe

zu wappnen. Die zweifellos jetzt schon hohen Sicherheitsstandards im deut-



schen und europäischen Luftverkehr müssen unbedingt verschärft werden.

Präventive Maßnahmen wie den Ausbau von Kontrollkapazitäten an den Flughäfen und die Einführung aller strengster Vorschriften für das Handgepäck halte ich für vordringlich.

UD

HANS-GERT PÖTTERING:

Terroristischen Anschlägen künftig in enger **Zusammenarbeit** begegnen

Aus der Rede des Vorsitzenden der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament am 12. September:

Der teuflische Anschlag in Washington und New York ist nicht nur ein Anschlag auf die Vereinigten Staaten, es ist ein Anschlag auf die gesamte zivilisierte Welt.

Es ist ein Anschlag gegen unsere Ideale von Demokratie, Menschenrechten und Frieden. Wir stehen mit Trauer und Entsetzen vor einer Katastrophe, die sich niemals wiederholen darf, und alle zivilisierten Kräfte in der Welt müssen jetzt in enger Solidarität mit den Vereinigten Staaten die Verantwortlichen für diesen Anschlag zur Rechenschaft ziehen und in enger Zusammenarbeit terroristischen Anschlägen in Zukunft wirksam begegnen.

Schon die Vorbereitung von Anschlägen unterbinden

Wir müssen eine Antwort finden auf die Frage, wie die Vorbereitung solcher Anschläge unterbun-



den werden kann, und dieses wird auch eine ganz neue Dimension der europäischen und internationalen Zusammenarbeit erfordern.

Wir müssen uns heute verpflichten, dem Terrorismus entschieden den Kampf anzusagen, damit die Apokalypse von New York und Washington morgen nicht die Apokalypse der ganzen Welt ist.

Gestern hatte ich für wenige Stunden den Eindruck, dass die Handlungsfähigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika in Frage gestellt wäre, jener Weltmacht, der die Europäer es verdanken, dass sie im Zweiten Weltkrieg den Nationalsozialismus bekämpft haben und Europa eine Zukunft der Freiheit ermöglichten, jener Weltmacht, die mit Entschiedenheit dem totalitären

Kommunismus widerstanden hat, was schließlich dazu führte, dass die Mauer mitten in Berlin, in Deutschland und in Europa fiel. Ich sage für unsere Fraktion: Wir haben ein Interesse daran, dass Amerika handlungsfähig ist, dass Amerika stark ist, dass Amerika ein guter Partner und Freund der Europäischen Union ist, und lassen Sie uns gemeinsam dafür in der Zukunft arbeiten!

EU will Schulter-schluss mit USA

Dafür hat EU-Aussenkommissar Chris Patten plädiert.

Angesichts der terroristischen Herausforderung müssen bestehende Differenzen zurückgestellt werden: „Zuallererst gilt es, den Kampf gegen den Terrorismus zu führen. Es bestehen aber auch Verbindungen zu Drogenkriminalität, Waffenschmuggel und Geldwäsche. Wir müssen, um dieser Bedrohungen Herr zu werden, regionale Bündnisse schließen.“

BUNDESFINANZMINISTER ERHÖHT STEUERN

Einhellige **Ablehnung** und scharfe Kritik, wohin man hört

„Absolut in die falsche Richtung“ gehen die Steuererhöhungen, mit denen Finanzminister Hans Eichel am 20. September, nur einen Tag nachdem sie auch im Parlament hätten verkündet werden können, die Öffentlichkeit überrascht.

Generalsekretär Laurenz Meyer: „Gerade vor dem Hintergrund der dramatischen Ereignisse in den USA besteht die Gefahr, dass die Wachstumschancen der Wirtschaft noch über das bisher schon Besorgnis erregende Maß hinaus beeinträchtigt werden.“

Um so wichtiger wäre es gewesen, dass die Bundesregierung die Maßnahmen gegen den Terror, mit denen sie die Anhebung von Tabak- und Versicherungssteuer rechtfertigt, „mit einer vernünftigen und langfristig tragfähigen Wirtschaftspolitik in Einklang bringt“.

Eine typisch „sozialdemokratische Lösung“ hat die Parteivorsitzende den Coup des Finanzministers genannt und der Bundesregierung vorgeworfen, „feige“ gehandelt zu haben, weil sie weder in der Bundestagsdebatte über das

Laurenz Meyer: Falsch begründet

Anti-Terror-Paket am Mittwoch ein Wort über Steuererhöhungen verloren noch die Haushaltsberatungen in der nächsten Woche abgewartet habe, bei denen auch andere Vorschläge würden gemacht werden können, wie sich zusätzliche drei Milliarden Mark für die Terrorismusbekämpfung finanzieren lassen.

Friedrich Merz: „Angesichts einer nahezu zusammen gebrochenen Konjunktur hätte die rot-grüne Koalition zunächst nach Einsparpotenzialen im Haushalt suchen müssen.“

KOMMENTAR: FADER BEIGESCHMACK

Drei Milliarden Mark zusätzliche Mittel, so mal eben in kürzester Zeit gebilligt - das wäre angesichts der Bedeutung des Spar- und Konsolidierungskurses für die Koalition vor den Attentaten undenkbar gewesen. Seither dagegen ist vieles denkbar. Und dazu gehört auch eine

Steuererhöhung - ein Schritt, vor dem die rot-grüne Regierung seit ihrem Amtsantritt 1998 zurückgeschreckt war. Allerdings: so plausibel die Beschlüsse von gestern auf den ersten Blick erscheinen, so sehr steht die Regierung in der Pflicht, hier möglichst bald und möglichst konkret darzulegen, wofür sie wie viel Geld tatsächlich benötigt. Das heißt: Der Symbolik muss die Begründung folgen. Und eine Erklärung dazu. Denn bei aller Unterstützung für die Entschlossenheit des Kabinetts stellt sich die Frage, warum die Steuererhöhung nicht schon im Parlament bekannt gegeben wurde. Immer wieder fordert die Regierung die Geschlossenheit aller Parteien ein. Gestern hätte sie den Willen dazu selbst beweisen können. Hätte der Kanzler die Steuererhöhungen im Bundestag angekündigt, dann hätte er gezeigt, wie wichtig ihm gemeinsames Handeln ist. So bleibt der fade Beigeschmack, dass er auch in Zeiten der Krise genau kalkuliert, wann Gemeinsamkeit nützt - und wann Alleingänge nützen. Stuttgarter Zeitung

IMMER UNWICHTIGER

wird für den Verbraucher in Deutschland Markentreue in fast allen Produktsegmenten. Die höchste Loyalität hat die VerbraucherAnalyse 2001 bei den Maschinen-Geschirrspülmitteln ermittelt, die niedrigste bei Joghurt. Für die immerhin 1,2 Millionen Haushalte von insgesamt 34,7, die seit Aufhebung des Strommonopols den Stromanbieter gewechselt haben, wurde festgestellt: Die Wechsler suchen nicht in erster Linie den finanziellen Vorteil, sondern hätten Spaß daran, auf einem komplexen Markt verschiedene Angebote miteinander zu vergleichen und sich das für sie Passende herauszusuchen.

FLÄCHENtarifverträge werden nur noch von einer knappen Mehrheit befürwortet. 46 Prozent sind nach einer Umfrage des Mannheimer Ipos-Instituts auch weiterhin für Abschlüsse zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. 41 Prozent plädieren inzwischen dafür, dass Betriebsrat und Unternehmensleitung Tarifverträge aushandeln.

DER STELLENMARKT

im Internet registriert über 100.000 offene Stellen in Deutschland. Nur ein Bruchteil davon ist bei der

Bundesanstalt für Arbeit gemeldet. Einer der Gründe: unzureichende Information über die Online-Suche. Forderung von **worldwide-jobs.de**: eine diesbezügliche Verbesserung.

RÜCKLÄUFIG

ist seit 1999 die Zahl der Geförderten beim so genannten Meister-BAföG. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, erhielten im Jahr 2000 52.000 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsförderungsgesetz (AFBG), knapp 2.000 (3,3%) weniger als im Jahr zuvor: 40.800 Männer (minus 5%) und 11.200 Frauen (plus 2%).

BAULAND

war letztes Jahr mit durchschnittlich 101 Mark pro Quadratmeter vier Mark teurer als 1999. In den alten Ländern: 123 Mark. In den neuen: 60. Die Preise für baureifes Land im letzten Jahr: 175 Mark im Westen (plus 15) und 94 Mark im Osten (plus sieben). Erhebliche Unterschiede weisen die Preise von baureifem Land in den kleinen Gemeinden und in den Großstädten auf.

ZU HOCH GESTECKT

ist nach Meinung des Deutschen Bauernverbands das Ziel, das sich die Verbraucherschutzministerin mit ei-

nem 20-Prozent-Öko-Anteil an den Nahrungsmitteln gesteckt hat. Derzeit beträgt dieser Anteil drei Prozent. Er war durch BSE und Maul- und Klauenseuche vorübergehend angestiegen. Im Augenblick geht die Nachfrage nach Nahrungsmitteln aus dem ökologischen Landbau wieder zurück.

VON ZU HAUSE

wird in den allermeisten Fällen der Zugang zum weltweiten Datennetz genommen. Nur knapp jeder dritte Europäer, so ermittelte das Marktforschungsinstitut Jupiter MMXI, verfügt an seinem Arbeitsplatz über einen Internet-Zugang. Von diesen Nutzern müssen über 50 Prozent den Netzzugang sogar noch mit Kollegen teilen.

ERSTMALS

in ihrer Geschichte ist die FAZ am 12. September von einem bisher strikt eingehaltenen Grundsatz abgewichen und hat zwei Bilder auf die Titelseite gesetzt. Unter der Überschrift „Angriff auf Amerika“ machte sie mit zwei großflächigen Pressefotos auf. Das eine zeigt den einen noch brennenden Turm des World Trade Centers kurz vor dessen Einsturz, das andere Präsident George W. Bush bei seiner Ansprache an die Amerikaner. **UD**

GERDA HASSELFELDT:

Rot-Grün hat den **Blick** für die wirtschaftlichen Realitäten verloren

Zum Bundeshaushalt 2002 und zur Steuerpolitik der Bundesregierung erklärte die finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundtagsfraktion:



Garant der Sparsamkeit. Aber ein Blick auf die nackten Zahlen verrät: Dieses Bild entspricht nicht der Realität. Es ist eine Fata-Morgana. Mit geschätzten 2,1% steht die Defizitquote im Jahr 2001 genau dort, wo sie bereits 1998 war. Wo sind also die angeblichen Konsolidierungserfolge? Fehlanzeige!

Die selbst gesteckten Ziele der Regierung Schröder

Diese Regierung ist einmal mit hehren politischen Zielen angetreten. Eine blühende wirtschaftliche Entwicklung wurde uns genauso versprochen wie eine deutliche Senkung der Arbeitslosenzahlen. Und Finanzminister Eichel – als der Sparminister schlechthin will er sich darstellen. Was ist daraus geworden?

■ **Wirtschaftliche Entwicklung:** Viel zu lange hat die Bundesregierung an zu optimistischen Wachstumsprognosen festgehalten. Wenn wir darauf hingewiesen haben, wurden wir immer nur der Schwarzmalerei, des Schlechtredens bezichtigt. Nun ist es amtlich: Das Wirtschaftswachstum ist im 2. Quartal zum Stillstand

gekommen. Nullwachstum ist das Markenzeichen Ihrer Politik. Damit sind wir Schlusslicht in Europa. Sie halten aber immer noch unbeirrt an Ihren 2% fest und stehlen sich mit Ihrer „Politik der ruhigen Hand“ aus der Verantwortung! Sie haben anscheinend den Blick für die wirtschaftlichen Realitäten verloren!

■ **Arbeitsmarkt:** Das Versprechen des Bundeskanzlers, die Zahl der Arbeitslosen im nächsten Jahr auf 3,5 Millionen zu senken, ist wie vieles andere auch in den Wind gesprochen.

■ **Haushaltskonsolidierung:** Der Finanzminister lässt ja keine Gelegenheit aus, um auf die Konsolidierungsnotwendigkeit hinzuweisen. Gerne sieht er sich als

Stabilitätskriterien aufweichen?

In dieses Bild passt auch das unverantwortliche Gerede des Finanzministers über ein Aufweichen des Stabilitätspaktes. Ohne Not haben Sie eine Diskussion über Ausgabenziele statt Defizitquoten losgetreten. Ein Finanzminister sollte eigentlich wissen, dass für den Außenwert einer noch jungen Währung, wie sie der Euro nun mal ist, das Vertrauen der Bürger und der Finanzmärkte von entscheidender Bedeutung ist. Und genauso müsste ein verantwortungsvoller Finanzminister wissen, dass nicht ein Aufweichen, sondern ein

überzeugendes Bekenntnis zu Geist und Buchstabe des Stabilitätspaktes erforderlich ist.

Warum ist die wirtschaftliche Lage so schlecht?

Immer wieder hören wir von der Regierung: wir können doch gar nichts für die schlechte Wirtschaftsentwicklung. Die Abschwächung der Weltwirtschaft ist schuld! Diese These vom außenwirtschaftlich getriebenen Abschwung ist eine Mär. In Wahrheit ist die Außenwirtschaft das Einzige, was unsere Konjunktur noch am Leben erhält!

Was stagniert, ist die Binnenkonjunktur, insbesondere ist die heimische Investitionstätigkeit rückläufig. Das Problem ist hausgemacht! Sie haben durch Ihre Politik die heimischen Wachstumskräfte auf breiter Front gebremst und behindert!

Die Unternehmensteuerreform 2000 hat zu einer Schiefelage zu Gunsten großer Kapitalgesellschaften und zu Lasten kleiner und mittlerer Betriebe geführt. Durch ständiges Nachbessern besteht für Unternehmen schon längst

keine Planungssicherheit mehr. Für den Wirtschaftsstandort Deutschland stellt die Steuerpolitik einen Unsicherheitsfaktor dar.

Haushaltsentwurf 2002 setzt wieder falsche Signale

Der vorliegende Entwurf setzt falsche Prioritäten: Die Investitionen sinken weiter. Die Konsumausgaben steigen weiter. Die Nettokreditaufnahme sinkt nur minimal. Die Steuereinnahmen steigen um 15 Mrd. DM. Allein durch die Ökosteuer werden die Bürger um weitere 5,7 Mrd. DM stärker belastet, ohne dass die Rentenversicherungsbeiträge sinken. Sie haben Entscheidungen getroffen gegen mehr Investitionen, gegen mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt, aber für eine höhere Belastung der Bürger und der Wirtschaft.

Was ist also zu tun?

Weder „ruhige Hand“ noch kurzfristige Konjunkturprogramme helfen hier weiter. Vielmehr sind strukturelle Veränderungen zwingend erforderlich. Dazu gehört vor allem auch eine andere Steuerpolitik:

Eine Steuerpolitik, die Unternehmen unabhängig von ihrer Rechtsform, gleichermaßen entlastet und das Steuersystem nicht noch komplizierter werden lässt, sondern von unnötigem Ballast befreit.

Ziehen Sie deshalb die beiden nächsten Stufen der Steuerreform auf das Jahr 2002 vor! Die dadurch entstehenden Steuerausfälle sind in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundesfinanzministeriums ohnehin bereits berücksichtigt. Die mittelfristige Konsolidierung der Staatsfinanzen würde damit keinesfalls in Frage gestellt.

Die Wirtschaft braucht nach dem vom Bundesfinanzministerium veranstalteten Verwirrspiel des letzten Jahres bei den Abschreibungsfristen außerdem endlich die Gewissheit, dass diese nicht mehr verschärft werden.

Das Gesetz zur Fortentwicklung der Unternehmensteuerreform muss noch nachgebessert werden. Mit dem sog. Mitunternehmererlass und der Reinvestitionsrücklage haben Sie endlich Forderungen von uns aufgegriffen. Aber gleichzeitig haben Sie zusätzliche Fallstricke eingebaut. Wir werden dafür eintreten, dass nicht nur

FÜR GESUNDHEIT ZUSTÄNDIG

Ministerin „Hilflos“

Aus Anlass einer Sondersitzung des Bundestagausschusses Gesundheit erklärten der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, Horst Seehofer, und der gesundheitspolitischer Sprecher, Wolfgang Lohmann:

Einmal mehr ist offenbart worden, dass die rot-grüne Bundesregierung in der Gesundheitspolitik völlig hilflos dasteht.

Die Bundesgesundheitsministerin hat keinerlei Konzept zur Lösung der anstehenden Probleme. Sie agiert nach dem Prinzip Hoffnung und will sich auf diese Weise bis zur Bundestagswahl retten. Das Defizit von 5 Milliarden Mark in der gesetzlichen Krankenversicherung und die drohenden Beitragssatzsteigerungen scheinen für sie kein Anlass zu sein, endlich zu handeln. Auf die konkreten Fragen der Opposition hatte Frau Bundesministerin Schmidt nur ausweichende und nichtssagende Antworten parat.

Damit werden sich die Menschen nicht zufrieden geben. Wir fordern daher weiterhin, dass die Bundesregierung endlich die Karten auf den Tisch legt.

die Überschriften, sondern auch die Inhalte stimmen.

Bei der Umsatzsteuer geht die Reglementierung munter weiter. Dies ist der falsche Ansatz. Der Grundsatz muss lauten: Bekämpfung des Betrugs ja, aber nicht auf Kosten der Steuererhlichen. Zunächst sollten daher alle Möglichkeiten ei-

ner effizienteren Überwachung und Koordination in der Verwaltung ausgeschöpft werden.

Die so genannte Ökosteuer entzieht den Bürgern Kaufkraft, treibt die Preise und schwächt die Binnenkonjunktur. Es ist deshalb unbedingt erforderlich, zumindest auf die von der Re-

SCHIENENNETZ

Vom DB-Konzern trennen

Zum Wettbewerb auf der Schiene erklärte der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU, Dirk Fischer:

Entgegen den im Frühjahr auf dem Parteitag der Grünen in Stuttgart durch Bundesverkehrsminister Bodewig gemachten Ankündigungen verbleibt das Schienennetz doch innerhalb der Deutschen Bahn.

Für einen diskriminierungsfreien Wettbewerb auf der Schiene wäre es erforderlich gewesen, wenn man das Netz konsequent vom größten Schienenverkehrsunternehmen DB AG getrennt hätte, um anderen Schienenverkehrsunternehmen tatsächlich gleiche Wettbewerbsbedingungen einräumen zu können. Mit der jetzigen halbherzigen Lösung verfügt die DB AG immer noch über einen zumindest subtilen, aber entscheidenden Wettbewerbsvorteil, der Mitbewerber abschreckt, in einen tatsächlich funktionierenden Wettbewerb einzutreten. Dieser Wettbewerb würde aber für den Reisenden einen erhöhten Kundennutzen bedeuten und für den Steuerzahler verminderte Subventionen zugunsten der Bahn.

gierungscoalition beschlossenen weiteren Erhöhungen in den Jahren 2002 und 2003 zu verzichten.

Bei der Gewerbesteuer tritt die Bundesregierung ebenfalls auf der Stelle. Die Reformierung der Gewerbesteuer und der Gemeindefinanzen ist aber längst überfällig.

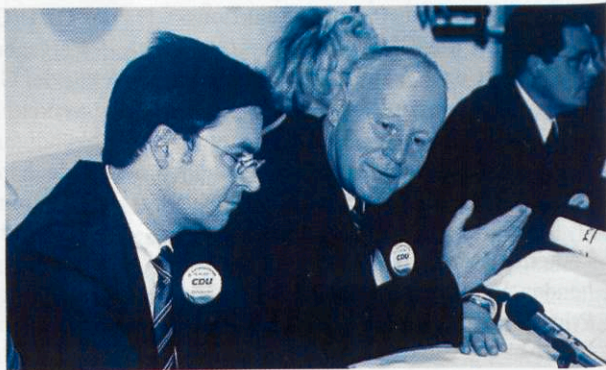


Georg Milbradt zum neuen Landesvorsitzenden gewählt

Der neue Landesvorsitzende der CDU in Sachsen heißt Prof. Dr. Georg Milbradt MdL. In der kleinen sächsischen Stadt Glauchau im Chemnitzer Land haben am Sonnabend, den 15. September, 232 Delegierte der Sächsischen Union einen neuen Landesvorstand gewählt.

In Vorbereitung dieses Parteitags der CDU Sachsen gab es erstmals drei Regionalkonferenzen. Die Mitglieder der Sachsen-CDU hatten dort Gelegenheit, sich über die Ziele und Vorstellungen von zwei Kandidaten für das Amt des Landesvorsitzenden zu informieren.

Zur Wahl standen Steffen Flath, Sächsischer Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft, und Prof. Dr. Georg Milbradt, Staatsminister a.D.. Damit erlebte die Sächsische Union in den letzten Wochen einen spannenden demokratischen Prozess, der nach Kräften die Mitgliederbasis an einer der wichtigsten Personalentscheidungen der Partei, der Wahl des Landesvorsitzenden, beteiligte.



Generalsekretär Hermann Winkler und Landesvorsitzender Milbradt

Klares Votum für den neuen Vorsitzenden Georg Milbradt

Die Delegierten honorierten seine Botschaft „Aufbruch statt Routine“ mit einem klaren Votum: Georg Milbradt erhielt 131 der insgesamt 227 gültigen Stimmen und damit 57,7 Prozent. Staatsminister Steffen Flath bekam 96 Stimmen.

Staatsminister Flath erzielte bei seiner Kandidatur für einen der drei stellvertretenden Vorsitzenden mit 151 die höchste Stimmenzahl, gefolgt vom Zwickauer Oberbürgermeister Dietmar Vettermann mit

134 und der Staatsministerin Christine Weber MdL mit 125 Stimmen. Sie wurde erneut in dieses Amt gewählt.

Neuer Generalsekretär der Landes-CDU wurde Hermann Winkler MdL aus Grimma. Winkler war satzungsgemäß vom neu gewählten Landesvorsitzenden Georg Milbradt vorgeschlagen worden. Die Delegierten wählten ihn mit 75,6 Prozent der Stimmen. Sechs der 20 Beisitzer sind neu in den Landesvorstand gewählt worden. Schatzmeister Jürgen Schwarz wurde mit 85,6 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt.

Der langjährige Landesvorsitzende Fritz Hähle



Georg Milbradt: Jetzt kommt es darauf an, den Schwung in der Partei zu bewahren und noch weiter zu mobilisieren. Wir haben gute Chancen.

MdL war nach sechs Jahren nicht mehr für die Wahl des Parteichefs angetreten. Als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion ist er Mitglied im Präsidium und im Landesvorstand der Sächsischen Union. Seine letzte

Rede als Landesvorsitzender wurde von den Delegierten mit großem Beifall honoriert, ein Dank für vier Jahre erster stellvertretender Vorsitzender und sechs Jahre Landesvorsitzender der CDU Sachsen. Die

Junge Union schenkte dem scheidenden Parteichef eine junge Eiche.

Den Schwung in der Partei weiter ausnützen

Der neue Landesvorsitzende Georg Milbradt sieht großen Aufgaben entgegen. Bereits Anfang Dezember wird in Dresden nach zehn Jahren wieder ein Bundesparteitag sein. Mit Blick auf die Vorbereitung der Bundestagswahl 2002 sagte er: „Jetzt kommt es darauf an, den Schwung in der Partei zu bewahren und noch weiter zu mobilisieren. Wir haben gute Chancen.“



Zum 24. Bundesdelegiertentag der Frauen-Union der CDU hat Rita Süsmuth nach Berlin eingeladen.

■ Datum: 29./30. September ■ Ort: Hotel Estrel ■ Thema: Zukunftsprojekt aktive Bürgergesellschaft ■ Auf der Tagesordnung u.a.: Wahl der Bundesvorsitzenden und ihrer 5 Stellvertreterinnen

Der Bundesdelegiertentag soll erneut Anlass zu einem „weiblichen Blick auf die realen Aufgaben in Politik und Gesellschaft“ sein und Impulse für Bürgerinnen und Bürgern geben, sich stärker an den politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen.

Prominente Redner: ■ die Parteivorsitzende Angela Merkel ■ Christa Thoben ■ Dagmar Schipanski.

Grußworte von Frank Steffel, dem Spitzenkandidaten der Berliner CDU bei den Abgeordnetenhauswahlen, Eberhard Diepgen, Maria Eichhorn, Generalsekretär Laurenz Meyer und der JU-Vorsitzenden Hildegard Müller.

Rita Süsmuth wird den politischen Bericht der Bundesvorsitzenden geben, Doris Pack MdEP wird die Dankrede an die scheidende Bundesvorsitzende halten.

Vor der Wahl des neuen Vorstands ist die Wahl der Ehrenvorsitzenden vorgesehen.

CDU mit Christian Wulff an der Spitze gestärkt – SPD ernüchtert

Die CDU in Niedersachsen mit Christian Wulff an der Spitze geht gestärkt aus der Kommunalwahl in Niedersachsen hervor, während die SPD wenige Wochen vor den wichtigen Landtagswahlen in Hamburg und Berlin einen empfindlichen Rückschlag erleidet:

Die CDU verbessert ihr bereits gutes Kommunalwahlergebnis von 1996 noch einmal um 0,9 auf 42,6 Prozent und baut damit ihre Position als stärkste Partei im Heimatland von Bundeskanzler Schröder aus. Christian Wulff ist damit seinem Ziel, die CDU bei den nächsten Landtagswahlen im Frühjahr 2003 in die Regierung zu führen, einen großen Schritt näher gekommen.

Die SPD stagniert landesweit

Im Gegensatz dazu hinterlässt die Kommunalwahl in Niedersachsen eine ernüchterte SPD und einen geschwächten Sigmar Gabriel. Die SPD stagniert landesweit bei 38,6 Prozent

und verfehlt damit klar ihr Ziel, die Union als stärkste politische Kraft im Land abzulösen. Dabei hatte SPD-Ministerpräsident Gabriel sein Wahlziel vollumöglich so formuliert: Er wolle „das schlechte Ergebnis seines Vorvorgängers (Schröder) verbessern“. Das ist gründlich misslungen. Und so zehrt der erste Stimmungstest für den noch nie landesweit gewählten Ministerpräsidenten auch an seinem politischen Gewicht in der Runde der SPD-Ministerpräsidenten.

Angela Merkel bezeichnete das Resultat ihrer Partei in Niedersachsen als „großartiges Ergebnis“ für den dortigen Landesverband. Es setze Maßstäbe für die gesamte CDU. Merkel bewertete das Resultat auch als ein Zeichen dafür, dass Bundeskanzler Schröder angeschlagen sei. Das Ergebnis zeige: „Die CDU kann wieder siegen.“ Auch CSU-Chef Stoiber sprach von einem „großen Erfolg“ für die Union.

„Wir sind hochgradig erfreut“, sagte Niedersachsens CDU-Landeschef

Christian Wulff. Zwar sehe er keine direkten Auswirkungen auf die nächste Landtags- oder Bundestagswahl. „Aber als zusätzliche Motivation für unsere Arbeit ist das Ergebnis außerordentlich wichtig.“

Rita Pawelski hat einen engagierten Wahlkampf geführt

Das Sahnehäubchen auf eine erfolgreiche Wahl blieb der CDU leider versagt: In der Landeshauptstadt Hannover scheiterte die engagierte kämpfende Herausforderin Rita Pawelski bereits im ersten Wahlgang an Amtsinhaber Herbert Schmalstieg. Wulff: „Es ist offenbar besonders schwer, ein seit 29 Jahren amtierendes Stadtoberhaupt abzulösen. Da bauen sich Bindungen auf, wenn ein und derselbe OB die Menschen von der Einschulung über die Abiturfeier bis zum Vorruhestand begleitet.“

Angesichts des Abrutschens der Wahlbeteiligung auf 56,2 Prozent forderte Wulff die Landesregierung

Solidarität mit dem amerikanischen Volk

Eigentlich hätte es eine Wahlkampfkundgebung mit Einstimmung auf den Bundestagswahlkampf werden sollen. Als Hauptreferent hatte die CDU Recklinghausen den bayerischen CSU-Politiker Erwin Huber, Staatsminister und Leiter der bayerischen Staatskanzlei, eingeladen.

Die furchtbaren Attentate in New York und Washington veranlassten den Kreisvorsitzenden Lothar Hegemann MdL, den geplanten Parteitag abzusagen und am selben Abend des 13. September eine Veranstaltung der Solidarität mit dem amerikanischen Volk zu machen.

Statt des üblichen Saalschmucks lediglich eine schlichte Deutschlandfahne über dem Rednerpult. Die Kreisvertreterversammlung stimmte der veränderten Tagesordnung zu.



Die beiden ranghöchsten Kirchenvertreter des Kreises, Probst Heinrich Westhoff von der katholischen und Superintendent Peter Burkowski von der evangelischen Kirche, waren sofort bereit und sprachen vor den 200 Delegierten der Kreispartei. An Äußerungen von Delegierten und Gästen nach den rund 20 Minuten langen Ansprachen wurde deutlich: Die Anwesenden hatten auf eine Veränderung der Veranstaltung gewartet.

Einigkeit bestand im Kreisvorstand: das Wag-

nis dieser Parteiveranstaltung zwei Tage nach dem unglaublichen Terroranschlag war gelungen.

Neben der Trauarbeit des Superintendenten und Kreisdechanten wurde auch dem Bedürfnis Rechnung getragen, sich auszutauschen und über die Gefühle zu sprechen, die den Einzelnen zur Zeit bewegen.

Zum Abschluß der Veranstaltung trugen sich die Anwesenden in das Kondolenzbuch des Kreisverbands Recklinghausen ein.

auf, die Kommunen finanziell und rechtlich zu stärken. Die erschreckend niedrige Zahl von Wählern dokumentiere den Bedeutungsverlust der Kommunen in der öffentlichen Wahrneh-

mung. Zum Ausdruck komme darin auch der Frust über eine zunehmende Gängelung von Kreisen und Gemeinden, wie etwa jüngst durch das Raumordnungsprogramm. Aber auch der

Glauwürdigkeitsverlust der Politik durch Affären sowie die Enttäuschung der Bürger über die Politik der Bundesregierung habe mit zu der niedrigen Wahlbeteiligung beigetragen.



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

BERLINER MORGEN

...wenn auf einmal nichts mehr stimmt

Rückkehr der Angst

Ein Satz wurde in den vergangenen zwei Tagen so häufig gesagt und geschrieben wie lange nicht mehr. Der Satz lautet: „Es wird nichts mehr so sein, wie es war.“ Jeder, der das Flugzeug gesehen hat, das in den Turm des World Trade Centers raste, jeder, der die beiden Türme hat einstürzen sehen, hat diesen Satz – nein, nicht gedacht – er hat ihn gefühlt. Es wurden viele Worte gefunden: Schock, Entsetzen, Erstarrung, Hilflosigkeit. Doch das einzige Wort, das bleiben wird, das Gefühl, das die konkreten Ereignisse überdauert, das ist Angst. Mit dem Anschlag auf das World Trade Center ist diese Angst in unser Leben gekommen. Und damit ist nicht die Angst vor etwas gemeint. Also vor dem möglicherweise bevorstehenden, völlig unabsehbaren Krieg, in den Deutschland ver-

wickelt sein wird, die Angst vor dem Verlust von Liberalität oder Freiheitlichkeit im Inneren auf Grund höherer Sicherheitsvorkehrungen und schärferer Gesetze, die Angst vor getöteten Soldaten oder Zivilisten, die Angst vor Kriegsflüchtlingen, die in unser Land kommen werden oder die Angst vor weiteren Terroranschlägen. Es ist die Angst, die einen erfasst, wenn nichts mehr stimmt und nichts mehr gilt.

Berliner Zeitung

Verzweiflung und Wut

Der Hass auf alles Arabisch-Islamische bricht sich in diesen Tagen Bahn: In den Vereinigten Staaten greifen amerikanische Staatsbürger Moscheen an und beschimpfen arabisch aussehende Mitbürger, weil der sunnitische Extremist Osama Bin Ladin als Urheber der Attentate in New York und Washington ver-

mutet wird. Die Verzweiflung und Wut angesichts des barbarischen Verbrechens ist nur allzu verständlich und menschlich. Dennoch sollte auch in der Stunde des größten Schmerzes die Ratio über die Emotion siegen. Es ist wahr: Es gibt unüberwindlich scheinende Grenzen zwischen den Kulturen. Die arabisch-islamische Gesellschaft kann mit unserem Demokratieverständnis nichts anfangen. Es gibt keine einzige arabische Demokratie, also auch niemanden, mit dem man überhaupt eine gemeinsame Sprache finden kann. Der Fanatismus in extremistischen Kreisen der arabischen Gesellschaften ist uns fremd und erfüllt uns zu Recht mit Abscheu. Doch die andere Kultur hat viele Facetten, nicht nur solche, die bei uns auf Ablehnung stoßen. Die Welt

Mit Härte reagieren

Zwei Tage nach den schrecklichen Terroranschlägen in New York und Washington versuchen die Amerikaner immer noch das

Unfassbare zu begreifen. Nach dem Schock wächst die Trauer um die Opfer – und die Wut auf die Täter. Wer ermessen will, welche emotionale Flutwelle hier über eine tief verletzte Nation hereinbricht, muss nach New York schauen. Auch am zweiten Tag danach starren die New Yorker noch ungläubig dorthin, wo einst das World Trade Center die Skyline der Welthauptstadt schmückte. Die brennenden Türme und die Lücke, die sie hinterlassen haben, werden sich in die Seele Amerikas einbrennen wie die Bomben japanischer Kampfflugzeuge auf Pearl Harbor. Die USA werden auf den ersten Angriff auf ihr Festland vermutlich mit ähnlicher Härte reagieren wie auf die japanische Attacke im Zweiten Weltkrieg. Handelsblatt

Bündnisfall

Schwer legt sich dieses Wort auf Deutschland. Natürlich stehen wir an der Seite der Amerikaner. Wir haben den Angriff auf New York instinktiv als Angriff auf un-

sere gemeinsame Kultur und Lebensweise begriffen. Aber müssen wir deshalb in den Krieg ziehen, den Präsident Bush ausgerufen hat – gegen einen Gegner, den niemand kennt, weil er aus dem Dunkel angreift? Deutschland ist nicht im Krieg. Es wurde auch nicht der nationale Verteidigungsfall ausgerufen. Es gibt in der Allianz keine Automatismen, dass wir jetzt alles mitmachen, was die Amerikaner für richtig erachten. Jedes Nato-Mitglied entscheidet souverän über seinen Beitrag. Deutsche Militäraktionen muss eine Mehrheit des Bundestags beschließen. Tagesspiegel

■

Wenn es jetzt nicht Zeit ist, die Bundeswehr besser auszustatten, wann denn?

Die Anschläge auf New York und Washington waren auch Anschläge auf Berlin, Hamburg und München. Es waren Anschläge auf Freiheit, Frieden und Sicherheit aller Menschen. Kanzler Schröder hat von Anfang an die

richtige Mischung aus Solidarität mit Amerika und Mahnung zur Besonnenheit gefunden. Er hat aber auch, Nato-Beschlüsse vorausgesetzt, eine deutsche Beteiligung an Militäraktionen nicht ausgeschlossen. Präsident Bush hat vom Kongress die Bewilligung von 20 Milliarden Dollar zusätzlicher Mittel gefordert, die Abgeordneten haben ihm gleich das Doppelte bewilligt. Und bei uns? Der neue Haushalt zeigt: Eine bessere Ausstattung unserer Bundeswehr wird zugunsten anderer Staatsausgaben immer noch verweigert. Wenn nicht jetzt die Zeit ist, die Bundeswehr modern auszustatten und bei weniger wichtigen Ausgaben zu sparen, wann denn? Mit der typisch deutschen Mischung – wir erinnern uns noch an den Golfkrieg – aus präsidialen Moralpredigten an die Amerikaner, Lichterketten, Betroffenheitserklärungen und dem dicken Scheckbuch ist dem Terrorismus nicht beizukommen. Vergessen wir nicht: Unter den Trümmern liegen auch 50, 100 oder gar mehr Deutsche. Bild-Zeitung



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

**Unser Dank
für Ihr Vertrauen
CDU**

Überkleber „Wir danken für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm

Best.-Nr.: **8196**

250 Expl.: 39,50 DM/

20,20 Euro

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Vermold
Telefax 05241-8041892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

Alle Preise gelten zzgl. MwSt. und Versand gemäß Versandbedingungen